

Teilweiser Wechselunterricht - Der Landesschülerrat fordert Umsicht und mahnt zum schülerorientierten Handeln

Nach dem Beschluss des Kultusministeriums, den Wechselunterricht für einige Abschlussklassen einzuführen, betont der Landesschülerrat die Wichtigkeit des Infektionsschutzes sowie die Notwendigkeit fairer Prüfungsvorbereitung für die Schülerinnen und Schüler.

München – Nach der Ankündigung des Ministerpräsidenten Markus Söder, den Wechselunterricht für einige Abschlussklassen ab dem 01. Februar einzuführen, wurden nun auch konkrete Pläne des Kultusministeriums bekannt. Unter anderen sollen die Abschlussklassen der Gymnasien, der Fachlichen und Beruflichen Oberschulen und der Beruflichen Schulen zum Teil in die Klassenzimmer zurückkehren.

Für den Landesschülerrat hat der Gesundheits- und Infektionsschutz der bayerischen Schülerschaft höchste Priorität. Deshalb stößt die Entscheidung der Politik in Bayern, den Wechselunterricht einzuführen, auf starke Kritik aus den Reihen der Schülerinnen und Schülern. Der Landesschülersprecher der Fach- und Beruflichen Oberschulen, Tobias Fritz, dazu: „Wir sind überrascht, dass die Abschlussklassen der Gymnasien und Beruflichen Schulen erneut in einer Hauruck-Aktion zurück in den Wechselunterricht geholt werden und das trotz der Hinweise und Warnungen mehrerer Mitglieder der Schulfamilie. Auch sehen wir keinen Vorteil im Vergleich zum Distanzunterricht. Dennoch müssen sich die Schülerinnen und Schüler einem erhöhten Infektionsrisiko aussetzen, das ist aus unserer Schicht völlig unverständlich!“.

Dringenden Nachholbedarf gibt es nach wie vor bei der Regelung der kleinen Leistungsnachweise für die verschiedenen Jahrgangsstufen. Denn aktuell belastet die Schülerschaft eine starke Angst vor einer erneuten Notenjagd, da viele Lehrkräfte nun auf kleine Leistungsnachweise ausweichen, um die Streichung vieler großer zu kompensieren. „Wir erhalten sehr viele Hilferufe von Schülerinnen und Schülern aus ganz Bayern. Sie schildern uns den Unmut über die Entscheidung für den Wechselunterricht und die vorherrschende Angst vor einer weiteren Notenjagd. Deshalb benötigen wir eine Übergangsfrist, eine Schutzphase für die Schülerschaft, die in die Klassenräume zurückkehren soll. Nur so können die Lücken effektiv geschlossen und der psychische Druck reduziert werden!“, so der Landesschülersprecher der Gymnasien, Moritz Meusel. Ebenso muss die inhaltliche Anpassung der Lehrpläne der unterschiedlichen Schularten und Klassenstufen elementarer Bestandteil der nächsten Beratungen sein. Diese noch ungeklärten Fragen gilt es in den kommenden Gesprächen mit der gesamten Schulfamilie zu diskutieren, um schülerorientierte und faire Rahmenbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler in unserem Land zu schaffen.

„Wir wünschen uns, dass das Kultusministerium bei den Entscheidungsprozessen künftig auch die Schülervertretung mit einbezieht. Den Beschluss folgenreicher Schritte über die Presse zu erfahren, ohne vorher nach Meinung und Situation der Schülerinnen und Schüler zu fragen, ist sehr ernüchternd!“, so Meusel weiter.

Die neu veröffentlichten Prüfungstermine für die Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen nahezu aller Schularten sind überwiegend positiv aufgenommen worden. „Die Verschiebung der Abschlussprüfungen und das angepasste Leistungserhebungskonzept waren ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung und schaffen eine Teilentlastung für die bisher von Ungewissheit und Druck geplagte Schülerschaft“, so die Landesschülersprecherin der Realschulen, Lilly Landauer. Scharfe Worte hingegen in Richtung Industrie- und Handelskammer (IHK) von der stellvertretenden Landesschülersprecherin der Beruflichen Schulen, Jana Schuster: „Wir sind enttäuscht von und unzufrieden mit der sturen Haltung der Kammer. Die Entscheidung, die beruflichen Abschlussprüfungen nicht zu verschieben, ist leichtsinnig!“

Gez. Tobias Fritz
Pressesprecher